

Sperrfrist bis 11.00 Uhr



Medienkonferenz
Nein zur Einheitskrankenkasse
Donnerstag, 25. Januar 2007

Es gilt das gesprochene Wort

Nein zu steigenden Steuern, nein zu linker Einheitsmedizin

Nationalrat Gerold Bührer, Präsident economiesuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Am 11. März entscheiden die Stimmberechtigten an der Urne über die Einheitskrankenkasse. Im Vorfeld dieser Abstimmung stellt sich die Frage, ob man nicht auch in der Gesundheitspolitik Lehren aus der Vergangenheit ziehen müsste.

Aufseiten der Linken ist dies offensichtlich nicht der Fall. Vor knapp vier Jahren verwarfen Volk und Stände die linke „Gesundheitsinitiative“ mit einem Anteil von 73 Prozent Nein-Stimmen äusserst wuchtig. Nun müssen wir an der Urne über die Einheitskrankenkasse befinden: Im Klartext geht es um eine Initiative mit sehr ähnlicher Stossrichtung und identisch negativen Auswirkungen auf unser Land. **Die Initiative unterdrückt Sparanreize, hemmt den Wettbewerb, kurbelt das Wachstum der Gesundheitskosten weiter an und führt zu ständig steigenden Steuern.** Dies zum Schaden von Mittelstand, Wirtschaftsstandort, Arbeitsplätzen und letztlich einer guten Gesundheitsversorgung für die gesamte Bevölkerung.

Aus Sicht der Wirtschaft ist die Antwort auf die an der Urne gestellte Frage klar: Der linken Einheitsmedizin mit neuen Steuern, weniger Wettbewerb und in der Konsequenz mit einem Abbau von medizinischer Leistung gehört erneut eine klare Abfuhr erteilt. Das unmissverständliche Nein zur Einheitskasse wird noch dadurch unterstrichen, dass selbst Gewerkschaften bei der Unterstützung der Initiative zögern und sich auch im Lager der SP kritische Stimmen melden. Zudem hören wir vonseiten der Linken immer wieder neue Vorschläge, wie die unsinnige Initiative entschärft werden könnte. Bei der Lancierung der Initiative sprachen die Initianten von einer Abschaffung der Kopfprämien (PK der SP vom 2. Mai 2006). Anfang Januar lancierte die SP ein Modell, das die Kopfprämien beibehalten und lediglich die Prämienverbilligungen ausbauen will. Diesem Konzept widerspricht allerdings die grüne Präsidentin des Initiativkomitees, Therese Frösch (DRS1, Rendez-vous, 10. Januar 2007). Diese Hilflosigkeit unterstreicht, wie schief der Vorschlag der Einheitskasse und der Finanzierung der Prämien durch Steuern in der politischen Landschaft steht und welche gravierenden Auswirkungen die Umsetzung der Initiative letztlich hätte. Es ist das Ziel der heutigen Medienkonferenz der Wirtschaft, dies nochmals zu unterstreichen.

Die Volksinitiative „für eine soziale Einheitskrankenkasse“ beinhaltet zwei wesentliche Elemente:

- Fusion aller Krankenkassen zu einer einzigen Einheitskrankenkasse für die Grundversicherung.
- Ersatz des heutigen Systems der Kopfprämien und der Prämienverbilligung durch eine Finanzierung der Grundversicherung über Steuern (nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit).

Die Kombination von neuer Gesundheitssteuer mit der Zusammenlegung aller Krankenkassen zu einer Einheitskrankenkasse ergibt eine fatale Mischung:

1 Sparanreize werden auf einen Schlag eliminiert

Eine Annahme der linken Initiative würde den Wettbewerb zwischen den Krankenversicherern auf einen Schlag eliminieren. Wir wissen es: Ohne Konkurrenz entfällt auch der Zwang zum Sparen, zur Kostenkontrolle und zur Schaffung neuer Versicherungsmodelle. Doch die Nachteile zeigen sich nicht nur aufseiten der Kassen, sondern auch für die Versicherten selbst. Mit dem Wegfallen der Kopfprämien entfallen nämlich auch bei ihnen die Anreize, Kosten zu sparen. Wahlfranchisen, wie sie heute gut 40 Prozent der Versicherten nutzen, und Managed-Care-Systeme wären mit einem Schlag nicht mehr möglich oder zumindest nicht mehr attraktiv. Denn kostengünstiges Verhalten würde nicht mehr mit Prämienrabatten belohnt. Wieso soll der Einzelne sparen, wenn die Gesundheitskosten ohnehin mit den Steuern bezahlt werden?

Die Konsequenz der Einheitskrankenkasse ist völlig klar: **Die Eliminierung von Sparanreizen bei den Prämien schmälert das Kostenbewusstsein der Versicherten.** Zusammen mit dem Wegfallen des Wettbewerbs unter den Kassen wird die Kostenexplosion im Gesundheitswesen erneut angeheizt. Das gilt im Übrigen auch auf der kantonalen Ebene. Das heutige System erlaubt eine kantonale Differenzierung der Gesundheitskosten. Eine schweizweite Einheitskasse würde letztlich zu einer Einheitsprämie bzw. zu einer schweizweit identischen Gesundheitssteuer führen. **Kantone, die ihre Gesundheitskosten im Griff haben, würden bestraft.** Anreize, die Gesundheitskosten tief zu halten, würden verschwinden. Da mögen die Initianten noch so lange das Gegenteil behaupten. **Neue Ungerechtigkeiten und ein Kostenschub wären vorprogrammiert.** Das zeigt ein Blick ins Ausland, wo Einheitskassen zu einer ungerechten Zweiklassenmedizin führten.

2 Steuerspirale dreht sich weiter

Doch nun zur zweiten Stossrichtung der Initiative, dem Wechsel des heutigen Finanzierungssystems der Grundversicherung. Die Kopfprämie mit Prämienverbilligung soll durch eine Finanzierung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit ersetzt werden. Der Systemwechsel bleibt relativ vage. Auch wenn kürzlich anderes behauptet wurde, sicher ist: Aus Prämien werden Steuern. **Die Auswirkungen des Systemwechsels wären gravierend. Im Jahr 2005 kostete die Grundversicherung gut 20 Milliarden Franken. Neu müsste dieser Betrag vollständig über Steuern finanziert werden. Gesamtwirtschaftlich betrachtet würde die Fiskalquote von heute 30 Prozent auf rund 35 Prozent hochschnellen.** Schon in den 90er-Jahren ist sie gestiegen wie in keinem anderen Land – wegen Mehrausgaben für Gesundheit und Sozialversicherungen. Durch diese Verdrängung müssen sich die für das Wirtschaftswachstum bedeutenden Aufgabenbereiche wie Bildung oder Verkehr mit einem kleineren Anteil des Haushaltbudgets begnügen. Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass aufgrund der Konstruktionsfehler der Einheitskasse die Kosten der Gesundheit ständig weiter steigen würden. Von den möglichen Varianten für die konkrete Umsetzung der Initiative ist eine schlechter als die andere. Wollte man die Mehrwertsteuer heranziehen, müsste sie ungefähr auf 15 Prozent verdoppelt werden – eine massive Mehrbelastung für Konsumenten und Wirtschaft. Würde die Gesundheitssteuer als direkte Bundessteuer eingezogen, würde sich die direkte Bundessteuer mehr als verdoppeln. Die Krankenversicherer haben ein eigenes Modell durchgerechnet. Sie kommen zum Schluss, dass eine Gesundheitssteuer 15 Prozent des steuerbaren Einkommens betragen müsste. Bereits mittlere Einkommen würden in erheblichem Ausmass zusätzlich belastet.

Beispiel:

- Familie, 1 Kind
- wohnhaft im Kanton Zug
- 80'000 Franken Bruttojahreseinkommen
- kein Vermögen

Nettoprämie heute	Fr. 3365.–
mit Wahlfranchisen	
Vater Fr. 1500.–	
Mutter Fr. 1000.–	
Kind Fr. 0.–	
Nettoprämie mit Einheitskrankenkasse	Fr. 5460.–
Differenz	Fr. 2095.–

Eines ist klar: Letztlich müssen die Kosten der Grundversicherung auf irgendeine steuerliche Art finanziert werden. Angesichts der Dimension der Kosten würden alle Steuerzahler erheblich zur Kasse gebeten. Eine Variante, mit der die Linke immer wieder liebäugelt, besteht darin, die Progression auf einen Schlag massiv zu verschärfen und zudem eine Vermögenssteuer auf Bundesebene einzuführen. Eine Abwanderung von guten Steuerzahlern mit massiv negativen Folgen für die öffentlichen Haushalte wäre die Konsequenz.

3 Die Einheitskrankenkasse ist alles andere als sozial

Die Initiative spricht von einer „sozialen“ Einheitskasse. Doch das Versprechen kann die Einheitskasse nicht einhalten. **Die Einheitskrankenkasse und die neuen Gesundheitssteuern sind ein klassisches Eigengoal.** Heute geniesst die Schweiz dank einem attraktiven Steuerumfeld viele Wettbewerbsvorteile. Diese Vorteile dürfen wir nicht leichtfertig aufgeben. Denn steigende Steuern treiben gute Steuerzahler aus dem Land und schwächen unseren Wohlstand. Wenn deren Steuern in Zukunft alle anderen bezahlen müssen, resultiert eine grössere Belastung des Mittelstands. Bleibt die Schweiz hingegen steuerlich attraktiv, wird es auch in Zukunft gelingen, gute Steuerzahler anzuziehen und die Belastung der Bevölkerung niedrig zu halten. So stärken wir Konsum und Investitionen, so schaffen wir Wachstum. Das bedeutet mehr Arbeitsplätze und höhere Löhne. **Im Endeffekt ist die „soziale“ Einheitskrankenkasse das Gegenteil von sozial.** Sie führt zu einer Steuerexplosion, ohne Probleme im Gesundheitswesen anzupacken. Die neuen Steuern schaden dem Standort und gefährden damit Arbeitsplätze.

Fazit

Die Wirtschaft lehnt die Einheitskrankenkasse und neue Steuern entschieden ab. Die untaugliche Initiative eliminiert Sparanreize im Gesundheitswesen, sie führt zu ständig steigenden Steuern und sie ist in ihren Folgen alles andere als sozial.